

Fragen

für die Fragestunde der 236. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 31. Mai 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 32
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	27, 28	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	14	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	1
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Höger, Inge (DIE LINKE.)	3	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	7, 8	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	13, 24
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	9, 10	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	17, 18
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 21		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
Inwiefern sind die Bundesregierung und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) darüber informiert, dass bereits 2015 ein Plantagenarbeiter des kongolesischen Unternehmens Feronia an den Folgen der Folter durch Sicherheitskräfte von Feronia ums Leben gekommen sein soll, seine Frau wenig später bei Protesten gegen dieses Vorgehen von der kongolesischen Polizei erschossen worden sein soll sowie insgesamt in den Plantagengebieten von Feronia sowohl durch die kongolesische Polizei als auch die Sicherheitskräfte von Feronia ein repressives Verhalten gegenüber der Bevölkerung und den Plantagenarbeiterinnen und Plantagenarbeitern an den Tag gelegt wird, wie ein Communiqué der kongolesischen NGO-Informationsplattform RIAO vom 3. Mai 2017 (RIA0-RDC N°002/EQ/2017), das mir vorliegt, berichtet, und welche Konsequenzen ziehen Bundesregierung und DEG aus diesen Berichten für die weitere Finanzierung von Feronia bzw. dessen Tochterunternehmen Plantations et Huileries du Congo (PHC)?

2. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie lange wurden Menschen in Maßnahmen (Cash for Work) der Beschäftigungsinitiative Nahost durchschnittlich beschäftigt (bitte nach Ländern auflisten), und welche durchschnittliche Vergütung erhalten die Beschäftigten (bitte jeweils in Relation zum Durchschnittseinkommen des Landes und – sofern vorhanden – Mindestlohn des Landes setzen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
In welcher Form hat die Bundesregierung (wie der Familie Akandranis von der deutschen Botschaft vor Ort nach meiner Kenntnis versprochen) im Falle des internierten freien Journalisten Ismail Askandrani interveniert, der nach seiner Rückkehr aus Deutschland, wo er dem Auswärtigen Amt als Experte zur Verfügung stand, nach Ägypten im November 2015 am Flughafen Hurghada festgenommen wurde, und wie will die Bundesregierung

ausschließen, dass damals wie auch nach der kürzlich erfolgten Verabschiedung des Sicherheitsabkommens mit Ägypten durch den Deutschen Bundestag Informationen deutscher Sicherheitsbehörden nicht von den ägyptischen Geheimdiensten genutzt werden, um freie Journalisten und politische Aktivisten festzuhalten und zu misshandeln?

4. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Bemühungen hat die Bundesregierung bisher „in bilateralen Gesprächen sowie im Rahmen multilateraler Foren“ unternommen, um – wie in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 18/12441 angekündigt – den VN-Beweissicherungsmechanismus IIIM auf eine breite finanzielle und politische Basis zu stellen (bitte detailliert auflisten), und bis wann sollen diese Bemühungen erfolgreich abgeschlossen sein (bitte Zeitrahmen angeben)?
5. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Falle eines ausbleibenden Erfolgs ihrer Bemühungen, den VN-Beweissicherungsmechanismus IIIM auf eine breite finanzielle und politische Basis zu stellen, die noch ausstehenden Mittel doch selber beizusteuern, oder stellt sie sich auf den Standpunkt, dass ein „notwendig hohe[s] Maß an Legitimität und Akzeptanz“ für den IIIM nur erreicht werden kann, wenn möglichst viele weitere Staaten, insbesondere aus der Region, zur Errichtung des IIIM beitragen (siehe die Antwort auf meine Schriftliche Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 18/12441)?
6. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenz hat nach Kenntnis der Bundesregierung der Ausschluss der zivilgesellschaftlichen Antikorruptionsorganisation MANS durch die Entscheidung des montenegrinischen Europa-ministers aus der Arbeitsgruppe zu Kapitel 23 (siehe Pressemitteilung von Transparency International vom 3. Mai 2017) für den Fortgang der Beitrittsverhandlungen Montenegros mit der EU, und wird sich die Bundesregierung im Rahmen der EU und bilateral hochrangig gegenüber der montenegrinischen Regierung, etwa im Rahmen der Westbalkan-Außenministerkonferenz am 31. Mai 2017 in

Berlin, dafür einsetzen, dass dieser Ausschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen aus den Beitrittsverhandlungen rückgängig gemacht wird?

7. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hinsichtlich der Reform des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“, wonach die existierenden Partnerschaften mit insgesamt 41 Ländern nicht mehr im Paket, sondern mit allen teilnehmenden Ländern einzeln vereinbart werden, was von der Türkei genutzt wird, um Österreich für die Entscheidung zu bestrafen, kein Kriegsmaterial oder keine Verteidigungsgüter mehr an die Türkei zu liefern, was zur Folge hat, dass österreichische Soldaten sich nicht mehr an NATO-Trainings beteiligen können (www.heute.at vom 24. November 2016, „Österreich beschließt Waffenembargo gegen Türkei“, derstandard.at vom 23. Mai 2017, „Türkei will Österreich in der NATO weiter blockieren“), und auf welche Weise hat sich die Bundesregierung im Vorfeld oder auf den jüngsten NATO-Gipfeln hinsichtlich der Reform positioniert?
8. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Fälle sind der Bundesregierung aus den Jahren 2016 und 2017 bekannt, in denen die libysche Küstenwache gegen das Non-Refoulement-Prinzip verstieß, nachdem Geflüchtete unter anderem im Rahmen von Einsätzen, in denen europäische Organisationen als „On-Scene-Koordinator“ einen Rettungseinsatz leiteten, zurück in libysche Gewässer gebracht wurden, und was ist der Bundesregierung aus ihrer Mitarbeit in der FRONTEX-Mission Triton, der Militärmission EUNAVFOR MED oder aus der Aufklärung durch die NATO und das US-Kommando AFRICOM über die Verantwortlichen von Schüssen auf Geflüchtete während eines Rettungseinsatzes der deutschen Organisation Jugend Rettet e. V. am 23. Mai 2017 bekannt, die ebenfalls dazu führten, dass Bootsinsassen von unbekanntem Uniformierten wieder nach Libyen verschleppt wurden (<http://gleft.de/11R>)?
9. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung dazu (oder kann sie sich beschaffen), dass ein aus Nordrhein-Westfalen am 22. Februar 2017 abgeschobener Afghane namens Farhad Rasuli in Herat in Afghanistan am 10. Mai 2017 Opfer eines Taliban-Anschlags geworden sein soll (vgl. <https://>

www.unsere-zeitung.at/2017/05/15/abgeschobener-fluechtling-in-afghanistan-getoetet/; bitte im Detail darlegen, auch, welche Bemühungen die Bundesregierung zur Überprüfung der vorliegenden Informationen unternommen hat), und welche konkreten Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung hieraus in Bezug auf die bisherige Prüfpraxis im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), entsprechende Gefahreinschätzungen (Herkunftsländerleitsätze) und politische Vorgaben zu Abschiebungen nach Afghanistan (Abschiebestopp usw.) (bitte ausführlich antworten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele Überstellungen von Griechenland nach Deutschland gab es in den Monaten Januar, Februar, März, April und bisher im Monat Mai 2017 (bitte nach Monaten getrennt auflisten), und wie ist es mit diesen Angaben vereinbar, dass es laut Angaben des Pressesprechers des Bundesministeriums des Innern, Dr. Johannes Dimroth auf der Pressekonferenz am 19. Mai 2017 „mitnichten“ eine „starre Obergrenze“ bei Überstellungen von Familienangehörigen im Rahmen der Dublin-Verordnung geben soll, obwohl mir glaubhafte Informationen darüber vorliegen, dass auf Betreiben des Bundesinnenministeriums Ende März 2017 die Zahl der Überstellungen ab dem 1. April 2017 auf maximal 70 Personen im Monat begrenzt worden sein soll, was unter anderem auch dadurch erreicht wird, dass seit Februar 2017 keine freiwillig selbstinitiativ betriebenen Überstellungen nach Deutschland mehr möglich sein sollen, weil angeblich keine Laissez-passer mehr ausgestellt werden (bitte ausführlich antworten und die genannten Informationen gegebenenfalls korrigieren, falls sie falsch sein sollten)?

11. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den Jahren 2016 und 2017 das Selbsteintrittsrecht gemäß der Dublin-Verordnung aus welchen Gründen ausgeübt (bitte unter Angabe einzelner typisierender Fallgruppen nach Monaten aufschlüsseln)?
12. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält es die Bundesregierung für zumutbar, die Einbürgerung von Drittstaatsangehörigen von dem Verzicht auf die ausländische Staatsangehörigkeit oder ihrem Verlust abhängig zu machen, wenn die Eltern der Einbürgerungsbewerberinnen und Einbürgerungsbewerber weiterhin im Herkunftsland leben, pflegebedürftig sind oder es möglicherweise in Zukunft werden, die Einreise deutscher Staatsangehöriger in das Herkunftsland visumpflichtig ist oder es möglicherweise in Zukunft sein wird und der Nachzug ausländischer Eltern zu volljährigen deutschen Staatsangehörigen allenfalls in den engen Grenzen des § 36 des Aufenthaltsgesetzes möglich ist, und inwiefern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, die Einbürgerung in solchen Fällen attraktiver zu gestalten und zugleich das Fortbestehen menschenrechtlich geschützter familiärer Beziehungen im internationalen Kontext zu gewährleisten?
13. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um Menschen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zu Informationen zur Bundestagswahl zu ermöglichen?
14. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche) Kenntnisse darüber, dass der türkische Nachrichtendienst MIT, die Union der europäisch-türkischen Demokraten (UETD), Islamisten, die rechtsextremistischen Grauen Wölfe sowie die „Osmanen Germania“-Rocker im Südwesten Deutschlands ein Netzwerk aufgebaut haben, und inwieweit hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche) Kenntnisse darüber, dass illegale Waffenlieferungen aus der Schweiz nach Deutschland stattgefunden haben (u. a. Maschinenpistolen des tschechischen Typs „Skorpion“), deren Empfänger sowohl die „Osmanen Germania“ als auch die Rockergruppe „Hells Angels“ waren

(www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.die-uetd-im-suedwesten-das-netz-page1.89dd4ced-bd1d-4d1a-adf2-b99323665e52.html)?

15. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu V-Personen der Verfassungsschutzämter des Bundes bzw. der Bundesländer in der rechtsextremistischen Organisation „Blood and Honour“ in Deutschland zwei Jahre vor und nach deren Verbot durch das Bundesinnenministerium (bitte Zahl, Name und Verpflichtungszeitraum angeben), und welche Erkenntnisse zum NSU-Trio Böhnhard, Mundlos und Zschäpe, insbesondere zu deren jeweiligem Aufenthaltsort nach deren Untertauchen im Jahr 1998, erlangten die Verfassungsschutzämter aus diesen Quellen von diesen V-Personen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung einerseits zur Höhe der Verbindlichkeiten (bitte nach Gläubigern aufschlüsseln), die Griechenland im Juli 2017 ablösen soll, und andererseits zur Höhe der Finanzhilfen, die Griechenland von der Troika in Aussicht gestellt worden sind?
17. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Riester-Verträge gab es im Jahr 2016 nach Kenntnis der Bundesregierung, und wie hoch war der Anteil an Verträgen mit steuerabzugsfähigen Sonderausgaben unterhalb des Mindesteigenbeitrags von 4 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen (§ 86 EStG)?
18. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Riester-Verträge wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2010 bis 2016 vorzeitig aufgelöst und wie viele beitragsfrei gestellt (bitte auch deren prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Riester-Verträge ausweisen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

19. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form wird die Bundesregierung den negativen Auswirkungen entgegenwirken, die eine zunehmende Marktkonzentration im agrochemischen Sektor, bedingt durch die Fusionen der Unternehmen Bayer-Monsanto, Chemchina-Syngenta und DuPont-Dow Chemical auf die Ernährungssouveränität von Nationen hat, da der Zugang zu Saatgut durch immer weniger multinationale Konzerne kontrolliert wird (https://www.boell.de/sites/default/files/konzernatlas-2017.pdf?dimension1=ds_konzernatlas)?
20. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung es für grundsätzlich sinnvoll, dass Umweltschutzziele im Rahmen zukünftiger Fusionen im Agrarchemiesektor von der EU-Kommission berücksichtigt werden, und wenn nein, warum nicht?
21. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung Ecuadors, alle bilateralen Investitionsschutzabkommen kündigen zu wollen (vgl. <https://amerika21.de/2017/05/175583/ecuador-investition>), und welche Auswirkungen würde die Kündigung mit sich bringen, beispielsweise in Bezug auf den Investitionsschutz oder den Ratifizierungsprozess bezüglich Ecuadors Beitritt zum EU-Handelsübereinkommen mit Kolumbien und Peru?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

22. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse, auch von bundeseigenen Forschungseinrichtungen, liegen der Bundesregierung zu den möglichen Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens mit Neuseeland auf dem Agrarsektor, mit besonderer Berücksichtigung von Milchprodukten, Zucker und Rindfleisch, vor, und

welche Ergebnisse zeigen diese Analysen in Bezug auf mögliche Produktionsrückgänge bei Milch und Milchprodukten (einzeln aufgelistet) in Deutschland?

23. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Veränderungen sind durch das geplante Freihandelsabkommen mit Neuseeland hinsichtlich der Importmengen von Milchprodukten (einzeln aufgelistet) und Rindfleisch zu erwarten (in Menge und Wert)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

24. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Was ist, bezugnehmend auf die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 18/12441 bezüglich der Barrierefreiheit des Neubaus des Gemeinsamen Bundesausschusses, nach Auffassung der Bundesregierung konkret eine „ausreichende Anzahl von barrierefreien WC’s und PKW-Stellplätzen für Menschen mit Behinderungen“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

25. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat die Bundesregierung das Ziel des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD umgesetzt, im Luftverkehrsgesetz „eine stärkere Differenzierung nach Flugzeugtypen und eine deutlichere Spreizung der Tag- und Nachttarife bei lärmabhängigen Flughafenentgelten“ (S. 42) zu verankern, und inwiefern plant die Bundesregierung, die zuletzt im Jahr 2003 angepasste „Bonusliste für startende und landende Flugzeuge“ noch in dieser Legislaturperiode zu aktualisieren?

26. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Fahrzeuge wurden im Rahmen der vom Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt angekündigten „Schadstoff-Anti-Doping-Tests“ bislang geprüft, und wie viele weitere Prüfungen sollen im Jahr 2017 insgesamt stattfinden?
27. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Zusage der Hersteller, „Maßnahmen zu ergreifen, um das Thermofenster auf das notwendige Maß zu reduzieren“ (Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder am 30. und 31. März 2017 zu TOP 4.8), den vorherigen Einsatz nicht notwendiger und damit illegaler Abschaltvorrichtungen voraussetzt und daher ein verpflichtender Rückruf wie im Falle der Volkswagen AG die angemessene Reaktion der Genehmigungs- bzw. Aufsichtsbehörde wäre (bitte begründen), und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
28. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung gilt gemäß dem Bericht der Untersuchungskommission „Volkswagen“, dass nach erfolgten freiwilligen Umrüstungen „Zweifel an der Zulässigkeit der Abschaltvorrichtung aus Motorschutzgründen nicht weiter bestehen“ (Bericht der Untersuchungskommission „Volkswagen“, u. a. S. 72), und nach welchen Kriterien bzw. mit welchen Methoden bewertet die Bundesregierung bzw. die zuständige Behörde die Wirksamkeit der freiwilligen Umrüstaktionen?
29. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung den Vorschlag zur Subventionierung von neuen Dieselautos aus dem „Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung“ aus der Bayerischen Staatskanzlei (siehe www.spiegel.de/auto/aktuell/horst-seehofer-fordert-kaufpraemie-fuer-euro-6-dieselaautos-a-1148536.html) (bitte begründen), und welche eigenen konkreten Vorschläge zur Luftreinhaltung in Städten – und damit zur Umgehung von möglichen Fahrverboten – prüft die Bundesregierung derzeit konkret (bitte einzeln benennen unter Angabe des Zeitfensters der Umsetzung)?

30. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet es die Bundesregierung, dass sie zu Frage 4 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/11998, die wirksame Maßnahmen zur Luftreinhaltung in Städten und die Wirksamkeit der Umrüstung von Bussen, Taxis und Car-sharing-Fahrzeugen thematisierte, antwortete: „Zu dieser Fragestellung gibt es keine abgestimmte Position der Bundesregierung“, das Bundesverkehrsministerium aber gegenüber den „STUTTGARTER NACHRICHTEN“ aussagt, dass alternative Antriebe für ebendiese Fahrzeuge wirkungsvoller seien als die Einführung der blauen Plakette (siehe STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 13. Mai 2017), und auf welche Wirksamkeitsstudie kann sich die Bundesregierung mit dieser Aussage stützen?
31. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass im Schienenpersonenfernverkehr in Deutschland offenbar Markteintritte von neuen Unternehmen nicht dauerhaft erfolgreich sind und somit ein tatsächlicher Wettbewerb im Verkehrsegment Schienenpersonenfernverkehr nicht besteht (Hinweis: Das Schienenpersonenfernverkehrsunternehmen „Locomore“ musste im Mai 2017 einen Insolvenzantrag stellen, siehe STUTTGARTER ZEITUNG vom 13. Mai 2017), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die Deutsche Bahn AG als faktischer Monopolist (Marktanteil der Deutschen Bahn AG bei mehr als 99 Prozent des Marktes, vgl. Prognos AG: Wettbewerber-Report Eisenbahn 2015/2016, S. 50, https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/151100_Wettbewerber_Report_2015_2016.pdf) im Schienenpersonenfernverkehr ihre Fernverkehrszüge zunehmend weniger eigenwirtschaftlich betreibt, sondern mit den Ländern Modelle auf der Grundlage von Zuschüssen vereinbart, bei denen Regionalisierungsmittel des Bundes zum Einsatz kommen (Beispiele: Moselstrecke, Gäubahn, Strecke Bremen–Norddeich Mole, vgl. Frankfurter Allgemeine vom 10. April 2017)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

32. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung für die Umsetzung einer weltweiten CO₂-Bepreisung konkret in den kommenden Monaten angehen, für die die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Petersberger Klimadialog (siehe www.energate-messenger.de/news/174392/merkel-befuerwortet-weltweite-co2-bepreisung) warb, und würde Deutschland bei Widerstand aus anderen Ländern auch im Rahmen einer Vorbildfunktion eine CO₂-Bepreisung notfalls auch national einführen (bitte begründen)?
33. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Mängelbeseitigung an der deutschen Botschaft in Washington D.C. abgeschlossen sein, und mit welchen Gesamtkosten rechnet die Bundesregierung?
34. Abgeordnete
Sylvia
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung mit Verweis auf Artikel 3 Absatz 7 der Espoo-Konvention und der UVP-Richtlinie (2011/92/EU) um eine Beteiligung bei den grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen mit einer geplanten Öffentlichkeitsbeteiligung von Juli bis September 2017 bezüglich der Laufzeitverlängerungen der ukrainischen Atomkraftwerke Südukraine und Saporischschja bemühen, und wird sie vor diesem Hintergrund bei der nächsten Espoo-Vertragsstaatenkonferenz in Minsk vom 13. bis 16. Juli 2017 eine klare rechtliche Regelung für eine grundlegende Anwendung grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Laufzeitverlängerungen fordern (bitte erläutern)?
35. Abgeordnete
Sylvia
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche grundsätzlichen Optionen bzw. Ansätze können aus Sicht der Bundesregierung für den vom Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 6. Dezember 2016 geforderten und gemäß dem Urteil bis zum 30. Juni 2018 zu schaffenden „angemessenen Ausgleich“ für frustrierte Investitionen der

Atomkraftwerkebetreiber im Zeitraum 8. Dezember 2010 bis 16. März 2011 sowie für konzernintern nicht mehr abfahrbare Atomkraftwerke-Reststrommengen infrage kommen, und inwiefern liegen ihr bereits Erkenntnisse zum Umfang der genannten frustrierten Investitionen vor?

